

## **Antrag und Anfrage von KI, ÖDP und Grünen**

Bereitstellung eines WLAN-Hotspots in der GU und Beantwortung unserer Fragen zu Covid-19

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in mehreren Gemeinschaftsunterkünften Bayerns sind in den vergangenen Monaten Bewohner\*innen an Covid-19 erkrankt. Dabei sind bisher bayernweit drei Geflüchtete an der Erkrankung gestorben. Zusätzlich weist der bayerische Flüchtlingsrat in einer Presserklärung vom 04.06.2020 darauf hin, dass das Auftreten von Covid-19 Fällen bisher in bayerischen Sammelunterkünften Kollektivquarantäne zur Folge hatte, was die Ansteckungsgefahr aus epidemiologischer Sicht stark erhöht. Bis dato hat eine umfassende Entzerrung der Gemeinschaftsunterkünfte weder in Aschaffenburg, noch im Rest von Bayern stattgefunden.

Unter diesen Aspekten bitten wir um einen Bericht im Stadtrat (siehe Fragen 1. - 5.) und beantragen, dass in der GU umgehend ein WLAN-Hotspot eingerichtet wird, um den Bewohner\*innen in der GU die Kommunikation mit der Asyl-Beratung, den zuständigen Ämtern und den Schülerinnen und Schülern in der GU die Teilnahme am „homeschooling“ zu ermöglichen. Unsere weiteren Fragen zu diesem Antrag:

- 1.) Welche Maßnahmen plant die Stadt Aschaffenburg, um die zum Schutz der Bevölkerung vor Covid-19 Infektionen erlassenen Infektionsschutzbestimmungen auch für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften (GU) umzusetzen?
- 2.) Welche proaktiven Vorkehrungen (z.B. Notallplan, Einzelunterbringung, etc.) hat die Stadt Aschaffenburg getroffen, um im Falle eines Corona-Ausbruchs in der GU eine schnelle Evakuierung der dort lebenden Menschen zu ermöglichen, um damit die mit den bereits geschilderten Umständen in der GU einhergehende rasche Ausbreitung der Infektion zu verhindern?
- 3.) Inwieweit erfolgt eine Abstimmung mit der Regierung Unterfranken, damit die notwendigen Infektionsschutzbestimmungen in der GU Aschaffenburg gewährleistet sind, sofern die Stadt Aschaffenburg dies nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich sieht?
- 4.) Die Stadt möge prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass Covid-19 Infizierte in der GU von den Gesunden getrennt werden können.
- 5.) Die Stadt möge sich entschieden bei der bayerischen Staatsregierung gegen die derzeit geplanten Abschiebungen von Geflüchteten nach Somalia, Äthiopien und Afghanistan aussprechen, von denen Pro Asyl in einer Pressemitteilung vom 27.10.2020 berichten: „In Zeiten der Pandemie stellen Abschiebungen eine noch höhere Gefährdung für Leib und Leben von Geflüchteten dar, als sie dies schon zu „normalen“ Zeiten tun.“

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Zahn

Bernhard Schmitt

Rosi Ruf

Für die KI

für die ÖDP

für die Grünen